

Am 25. und 26. Januar 2013 fand an der Universität Trier das neunte Alumnitreffen der Trierer Politikwissenschaft statt.

Den Auftakt dieser Veranstaltung bildete am Freitagnachmittag die „Berufsberatung für Studierende der Politikwissenschaften“, bei der sechs Ehemalige interessierten Studenten Frage und Antwort standen. Anwesend waren Joana Bieker, die eine Beratungstätigkeit im Bereich der Kommunikation/politischen Kommunikation ausübt, die Lehrerin Bettina Dreher, Kerstin Kleine-Hegermann, die die Begleitung und Beratung von Energie-Forschungs- und Entwicklungsprojekten zum Beruf gemacht hat, Simon Niemeier, der als Berater im Bereich öffentlicher Forschungs- und Entwicklungsförderung tätig ist, Christian Scholten, Projektleiter für Seminare und Konferenzen, die Wirtschaftsprüferin Katharina Sachse, der im finanzwirtschaftlichen Verband tätige Andreas Kastl und Branimir Mance, der in einer Compliance-Abteilung einer Bank arbeitet sowie Katharina Sachse, die derzeit bei einer japanischen Bank angestellt ist und demnächst zu RTL wechseln wird. Diese Alumni begeisterten bis in den Abend hineinreichend mit sehr persönlichen Darstellungen von möglichen Wegen in die Arbeitswelt und ermutigten rundum zu einem positiven Blick auf das Leben nach dem Universitätsabschluss.

Mit der Preisverleihung in der Promotionsaula des Bischöflichen Priesterseminars für ausgezeichnete Arbeiten begann das diesjährige Abendprogramm des Alumnitreffens.

Herr Prof. Dr. Wagener, Prof. Dr. Sebastian Heilmann und Prof. Dr. Uwe Jun sprachen als Laudatoren die einleitenden Worte zur diesjährigen Ehrung. Der Preis der Politischen Ökonomie für die Analyse der Wechselbeziehungen zwischen Politik und Wirtschaft ging an Till Dittkrist. Dieser schrieb seine Arbeit zu dem Thema: „Die Internationalisierung der chinesischen Währung: Währungspolitik im Geflecht politisch-wirtschaftlicher Akteure“ und arbeitet derzeit in China. Den MLP-Preis für praxisbezogene Politikstudien erhielt Thomas Sven Lindenblatt für seine Arbeit, die den Titel „Die Indien-Lobby und die Außenpolitik der USA. Der Einfluss der indischen Amerikaner auf außenpolitische Entscheidungen im Kongress“ trägt. Die Ehrung mit dem Alumni-Preis für die beste Arbeit im Fach kam in diesem Jahr an Alexander Berzel zu. Dieser erarbeitete eine Diskursanalyse unter dem Titel „Glaubwürdigkeit als Kernelement der Parteienkommunikation in der Mediendemokratie am Beispiel der SPD“.

Für den abendlichen Festvortrag konnte Christoph Bertram, der unter anderem Leiter der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ gewesen ist, gewonnen werden. Unter der Moderation von Herrn Prof. Dr. Joachim Schild, umriss Bertram die „Herausforderung Iran“ in deutlichen Worten. Dieser hatte mit der Begrüßung „Ein deprimierendes Thema in einem schönen Saal“ einen dramatischen Auftakt. Bertram skizzierte den sich zuspitzenden Konflikt über die Stationen der „Armutszeugnisse“ der beteiligten Akteure USA, Europa, Israel und dem Iran und verwies in diesem Kontext auf die Gefahr einer militärische Auseinandersetzung.

Ausgangspunkt bildete die Darstellung des Irans als ein Land mit 4000 Jahren Staatlichkeit, mit einer lebendigen und modernen Gesellschaft und einer demokratischen Tradition. Bertram verwies hier auf die Verfassungssituation mit demokratischen Momenten, die stark religiöse Elemente zeigt. Insgesamt zeige dich der Iran intransparent nach innen hin. Mit Blick auf Israel spricht Bertram das Thema der Sicherheit an, die auf militärischer Stärke gründet ist – er verortet in diesem Kontext ein immer unbefriedigtes Sicherheitsgefühl Israels und bemerkt mit Sorge, dass das wichtigste Mittel der Sicherheit konventionell militärisch sei. Israel ist für ihn der Antreiber zu härteren Maßnahmen. Die Beziehung von Iran und USA kommentiert

Bertram mit der Zeichnung des Irans als Empfänger von Ultimaten und Befehlen. Er sei Rivale der USA in deren Vorherrschaft im Mittleren Osten. Voraussetzungen für diplomatische Beziehungen zwischen den Ländern sieht er derzeit als nicht gegeben. Die Europäer werden von Bertram die „Trittbrettfahrer der Amerikaner“ genannt. Er sieht keine eigenständige EU-Iran Politik. Er verweist jedoch auf die Beteiligung der EU Staaten – auch Deutschland – an den E3-Verhandlungen im Jahre 2003 im Zusammenhang mit dem iranischen Nuklearprogramm. Auf Verhandlungsangebote ist der Iran bislang in der Substanz nicht eingegangen.

Zusammenfassend kündigt sich für Bertram im Hinblick auf diese Akteurskonstellation demnach eine bevorstehende Katastrophe an, eventuell in Form eines militärischen Eingriffs seitens der USA oder Israels. Andere denkbare Zukunftsszenarien, die eine Entspannung der Politiken herbeiführen würden, sind für ihn in der Andeutung eines direkten Drahts USA-Iran zu sehen sowie in der Umsetzung eines Anreicherungsstops bei 20 Prozent. Doch, so sagt er, diese Zeichen der Entspannung brauchen den Willen zur Einigung – und was diesen Willen anbelangt, so bleibt Bertram ihm gegenüber zunächst skeptisch.

Christoph Bertrams Darstellung der Herausforderung Iran regt Publikumsfragen und Diskussionen an, die noch über die Runde im Festsaal hinausgehend bei einem Glas Wein im Foyer erörtert werden. Der Abend löst sich in gefälliger Stimmung auf.

Am Samstag, den 26. Januar, rundeten zwei Panels die inhaltliche Diskussion des Treffens ab. Rege Diskussion kam zu dem Thema des Nahostkonflikts auf. Das erste Panel umtrieb die Rolle der USA im Hinblick auf eine Lösung des Israel-Palästina Konflikts, die Konfiguration einer möglichen Auflösung desselben sowie die Frage nach den Ansprechpartnern in Verhandlung eines Lösungsansatzes. Es diskutierten Professor Maull, Benjamin Koltermann und David Sirakov.

Benjamin Koltermann ist der Meinung, man solle ebenso wenig eine Zielvorstellung im Stil der Apartheid anstreben wie eine Ein-Staaten-Lösung. Ein Separatfrieden sei nicht zielführend, weshalb beispielsweise die Hamas in Verhandlungsgespräche integriert werden müssten. Auf Schritt für Schritt Ansätze seien bislang keine Erfolge gefolgt, was allem voran an Veto-Spielern festgemacht werden könne. Es brauche eine aktive Rolle der USA, mit eigenen Initiativen, eigenen Vorschlägen und einer fairen Überwachung inklusive Sanktionen.

In einem nächsten Schritt wird vom Panel die Rolle des amerikanischen Präsidenten mit den Fragen „Will er?“ und „Kann er?“ in drei Schritten adressiert. Einleitend wird, unter anderem in Erinnerung an die „Herausforderung Iran“ des vorherigen Abends, darauf verwiesen, dass andere Probleme im Gebiet des Nahen und Mittleren Ostens ebenfalls problematisch für US-Politik sind. Nicht nur, aber auch aufgrund dieser Konflikte im näheren Umfeld, brauche es neue Ansatzpunkte, um diese vertrackte Konstellation anzugehen. Der Kongress zeige in seiner republikanischen Aufstellung eine Unterstützung israelischer Politik. Schlüssel zu einer konstruktiven Politik könne eventuell die jüdische Gemeinschaft in den USA sein. Von Europa könne man keinen entscheidenden Beitrag erwarten. „Kann er?“ wird demnach mit Verweis auf komplizierte innenpolitische Ausgestaltung und ungewisser außenpolitische Unterstützung sowie die komplexen Probleme im Umland Israels und Palästinas beantwortet. „Will er?“ erhält folgende Beantwortung: Der Nahostkonflikt muss zur Chefsache werden! Präsident Obama habe bereits in einer frühen Phase seiner Amtszeit Versuche in Richtung

einer Lösung des Konflikts unternommen. Eindeutiger Ausgang laut Maull: Obama habe „verloren“, die israelische Administration sei nicht zu bewegen gewesen. Daher bringt Professor Maull die Einschätzung vor, dass es für Obama derzeit nicht bedeutsam ist, erneut eine aktive Rolle im Israel/Palästina Konflikt einzunehmen. Stattdessen werde er sich in nächster Zeit eher auf innenpolitische Fragen konzentrieren.

Die Moderation bemerkt hierzu, es sei das Alumni-Wochenende der positiven Erwartungen und stellt damit das bisher Gesagte zur Diskussion. Eine erste Nachfrage greift zunächst die Themenstellung auf, welche anzeige, dass die USA als väterliche Überfigur angesehen würden - Europäer tauchten nicht auf: „Wir schauen unbeholfen auf die USA, um solche Konflikte zu lösen.“ In einem weiteren Schritt wird von Professor Harnisch eine analytisch-systematische Trennung der Debatte eingefordert. Die Dynamik im israelisch-palästinensischen Konflikt sei von den Dynamiken anderer Konflikten abhängig, welche hier nicht übergangen werden dürften. Weiterhin sieht der Sprecher die vorgetragene Herangehensweise als liberales Argument, das fixe Präferenzen auf der Basis von finanziellen oder politischen Interessen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft verortet. Dem setzt er das Argument entgegen, dass Juden in den USA keine ökonomisch politischen Interessen umtrieben, sondern die von der Regierung massiv gestreute Angst, dass, wenn die jüdische Gemeinschaft nicht zum Staat Israel stehe, das physische Überleben des Staates in Frage stünde. Ein weiterer Kommentar führt den ökonomischen Bezug des Konflikts aus und stellt eine Verbindung zur amerikanischen Ölindustrie her mit der Frage, ob diese das Interesse an der Region durch die Möglichkeit des „fracking“ verlören. Das Panel reagiert darauf mit Verweis auf den kürzlich erschienen BND-Bericht und kommt zu der Einschätzung, dass im Mittleren Osten keine reinen Ressourcen-Interessen, sondern auch sicherheitspolitische Interessen an Öl eine Rolle spielen. Ein mögliches Zurückziehen aus der Region dank „fracking“ wird zunächst ausgeschlossen.

Anschließend widmet sich das Panel der Aufarbeitung der Interessen an einer Aufrechterhaltung des Konflikts. Der Ansatz, noch eine Siedlung zu bauen, wird als Strategie dargestellt, mittels derer Jerusalem an Israel gebunden werden könnte. Daran arbeite Netanjahu. Es wird zugleich jedoch daran erinnert, dass Netanjahu im Gespräch mit Syrien um Gebietsrechte einer Einigung nahe gewesen sei, was die Frage aufwirft, ob er nicht doch kompromissbereiter sei, als angenommen.

Professor Harnisch kommentiert, im Zweifelsfall sei die Politik in dieser Region ein „Wolken schlagen“, der einen Platz in der Geschichte aufzut. Er erkennt den scheinbar historischen Auftrag der Vaterlandsrettung als ein Motiv der Politiken. Motiv 2 sei durch das israelische Entscheidungssystem geprägt, durch die engen Margen der Struktur der Parteien. Er verweist hier auf die Einbindung von kleinen Parteien. Der Premierminister müsse sich immer fragen, ob er morgen noch eine Mehrheit für seinen Kurs habe. Den Siedlungsbau sieht Harnisch in diesem Kontext als ein Instrument der innenpolitischen Herrschaftsstabilisierung.

Mit Bedenken und Zweifel wird diskutiert, inwieweit die beteiligten Akteure die Friedenssuche anstellen. Im Raum steht die Frage, wie dies im Sinne einer Konfliktlösung geändert werden kann.

Es wird an ein Papier dreier israelischer Geheimratschefs erinnert, das die Aussage trifft: Wenn die israelische Außensicherheitspolitik weiter so operiert, dann gefährdet das die Existenz Israels. Es gäbe demnach Anregungen zu einem veränderten Kurs. Mit Blick auf die USA wird im Zuge einer Kursänderung folgendes gesagt: Engagement im Nahen und

Mittleren Osten sei an ein strategisches Interesse geknüpft. Das derzeit vertretene Motto „Nation building at home“, sei an ein schlechtes außenpolitisches Image angelehnt – eine stärkere Verhandlungsposition im Konflikt, könnte ein Schritt in Richtung Frieden sein.

Abgeschlossen wurde das Alumni-Treffen mit dem Panel zu „Demokratie in Parteien – Von grüner Mitgliederbefragung zu Hinterzimmer-Entscheidung der SPD“. Zum Einstieg hielt M.A. Isabelle Borucki einen Kurzvortrag, in dem sie zentrale Ergebnisse der von ihr durchgeführten Analyse zur Twitternutzung von Parteien vorstellte.

Seit den neuerlichen Erfolgen der Piratenpartei wurde deren Zielsetzung, innerparteiliche Entscheidungen transparent und für alle zugänglich zu machen, in den Medien stark diskutiert. Die Forderung nach verstärkter Demokratie und dem Ausbau direkter Partizipation wurden auch von den Volksparteien aufgegriffen. Ihnen stellte sich die Frage, ob neue Beteiligungsformen umsetzbar und erfolgsversprechend sind. Schnell wurde den Parteien bewusst, dass nur über eine Stärkung der „Mitgliederpartei“ und eine partielle Öffnung der Parteiführung gegenüber der Basis den Forderungen nach Partizipation und Mitbestimmung der Mitglieder nachgekommen werden kann.

Zentrales Beispiel für diese Bestrebungen ist die SPD-Parteireform 2011, die eine Öffnung der SPD zu Nichtmitgliedern und eine Stärkung der Binnendemokratie forcierte. Der Beschluss „Partei in Bewegung“ bedeutete eine Öffnung nach außen, sodass seitdem interessierte Mitglieder mitarbeiten können und mit dem Status als „Unterstützer“ der Partei volle Mitbestimmungsrechte erhalten. Auch im Internet präsentiert sich die SPD und verfolgt mit dem Motto „Wir gehen dahin wo die Leute sind“ Austausch mit den Parteimitgliedern und der Bevölkerung in sozialen Netzwerken.

Die von Isabelle Borucki durchgeführte organisationsstrukturelle Twitteranalyse kam zu dem Ergebnis, dass die Parteicluster im Netzwerk sowohl untereinander als auch mit dem Parteivorstand verknüpft sind und sich flache Hierarchien abbilden. Interessant ist dabei, dass keine geografische Gebundenheit der Twitteraccounts besteht, sodass auch dezentrale, überregionale Cluster bestehen. Der Parteivorstand hat den höchsten Einfluss auf das Netzwerk. Die Öffnung der Parteien gegenüber neuen Medien wie Facebook und Twitter bedeutet einerseits, nahe des Volkes zu sein, andererseits lassen sich Diskussionsverläufe nur schlecht kontrollieren, sodass Isabelle Borucki zu dem Schluss kommt, dass fraglich bleibt, ob sich die Hoffnungen bewahrheiten, dass Bürger durch die angestrebte Öffnung mehr gefallen an Parteipolitik finden.

Prof. Dr. Maull interessiert, ob Parteien dem scheinbar notwendigen Transparenzgebot überhaupt nachgeben sollten und wie die „Erfolgschancen“ solcher Partei Reformen einzuschätzen sind. Isabelle Borucki merkt dazu an, die Abnutzung der Piratenpartei offenbare, dass basisdemokratische Beteiligungsformen an quantitativ begründete Grenzen stoßen. Wenn jedes Mitglied mitreden darf, sei es schwierig, Beschlüsse zu fassen. Viele Parteien planten bisher keine Reform und beispielweise die CDU gehe Reformpolitik in kleinen Schritten bei kleineren Themen an.

Prof. Dr. Thaa bekräftigt die Schwierigkeiten der Volksparteien aufgrund ihrer starken Oligarchisierung. Mitglieder hätten den Eindruck, nicht in ausreichender Weise auf die Willensbildung Einfluss nehmen zu können. Dr. Dirk Schmidt hält eine Differenzierung zwischen den Ebenen für wichtig. Direkte Betroffenheit auf lokaler Ebene mache eine direkte Beteiligung sinnvoll, die Bundesebene sei jedoch schon allein wegen der EU-Vorgaben

komplexer und deswegen nicht von Bürgern erfolgreich diskutierbar und zu entscheiden. Abschließend hält die Rednerin fest, Parteien fokussierten stark die Professionalisierung ihrer Kommunikation, betonten dabei aber stets das Delegationsprinzip. In der eingangs gestellten Frage sieht sie nicht nur für Parteien, sondern auch für die Politikwissenschaft eine Herausforderung.